

Antrag an den Verbandstag 2016

Antragsteller: **Verbandsvorstand**

Betreff: **Wie wollen wir leben**

Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, eine öffentliche Diskussion anzuregen und mit eigenen Beiträgen zu unterstützen, welche Alternativen zum kapitalistischen System der Krisen und Kriege wünschenswert und machbar sind.

Mit dem Leitgedanken „Wie wollen wir leben“ sollen alle Menschen eingeladen werden, denen auffällt, dass „die Welt aus den Fugen“ gerät, dass mit dem System, in dem wir leben, etwas nicht stimmt. Die Diskussion soll keine elitäre Diskussion von Theoretikern sein, sondern – theoriegeleitet – auf das praktische Eingreifen orientieren.

Die Diskussion soll verschiedene Ebenen und Aspekte umfassen:

- die Analyse der sozialen Lage, der jüngsten ökonomischen Entwicklungen und der Klassenkämpfe, darin eingeschlossen die Einschätzung der Kräfteverhältnisse, der Ideologie des Neoliberalismus, die Einschätzung der EU, der Währungspolitik, der internationalen Institutionen, der BRICS-Staaten;
- die Erörterung, welche Ansätze und Forderungen (Arbeitszeitverkürzung, bedingungsloses Grundeinkommen, Recht auf Arbeit, Produzieren in Selbstverwaltung) illusionär oder geeignet sind, gesellschaftlichen Fortschritt zu bewirken, an die Systemgrenzen zu stoßen, Einsichten in die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus zu fördern;
- die Erörterung, welche Möglichkeiten der Gegenwehr Chancen für die Weiterentwicklung zu offensiven Forderungen bieten, und welche Kampfformen zur Überwindung des Profitsystems der Ausbeutung, Kriege, Unterdrückung, Entfremdung, Ausgrenzung und Verblödung geeignet sind;
- die Entwicklung von Solidarität mit Demonstrationen, Streikbewegungen, Betriebsbesetzungen und anderen Kampfmaßnahmen sowie die Mitarbeit in entsprechenden Bündnissen;
- die Förderung des Bewusstseins, für die eigenen Interessen aktiv werden zu müssen, sich nicht von Rassisten und anderen Demagogen gegen die eigenen Interessen instrumentalisieren zu lassen;
- Ansatzpunkte zu entwickeln, um jene Bevölkerungsteile zu mobilisieren und zu gewinnen, die von der „alten Linken“ bisher nicht erreicht werden konnten und wohl auch dauerhaft unerreichbar bleiben werden.

Die Diskussion „wie wollen wir leben“ soll die Entwicklung einer politischen Praxis fördern, die politische Aufklärung und offensive Kommunikation mit realer Veränderung im Alltag von und mit den Betroffenen zusammenbringt. Ansetzen an den konkreten Nöten und Bedürfnissen der Menschen – also dort, wo die gesellschaftliche Entwicklung ihre hässliche Fratze im Alltag zeigt. Es gilt, den gesellschaftlichen Humus für eine neue politische „Bewegung der Empörten“ zu entwickeln.

Begründung

Max Sievers hat uns in seiner Schrift „Unser Kampf gegen das Dritte Reich“ eine Vision hinterlassen. Die Vision einer sozialistischen Gesellschaft. Die Ökonomie umreißt er folgendermaßen:

„Die Planung erfordert eine feste Zentralgewalt, die kulturellen und materiellen Ansprüche an eine sozialistische Wirtschaftsführung können aber nur erfüllt werden, wenn die einzelnen Wirtschaftskörper auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaut sind, wenn schöpferische Initiative sich frei entfalten kann, Die Verbindung zwischen der Zentralgewalt und dem Volksganzen wird durch den demokratischen Aufbau von unten nach oben hergestellt, der sowohl der neuen Wirtschaftsform wie dem gesamten gesellschaftlichen Leben das charakteristische Gepräge geben soll.“

Wir leben im Kapitalismus, in dem alle Lebensbereiche dem Ziel der Erwirtschaftung von Profit unterworfen sind. Die Europäische Union dient der Sicherung von Macht im Interesse von Konzernen. Die Arbeiterklasse der südeuropäischen Länder Griechenland, Italien, Spanien und Portugal war in der Vergangenheit bei der Durchsetzung von Löhnen und sozialen Leistungen erfolgreicher, als die Arbeiterklasse in Deutschland.

Die Einführung des Euros bescherte der exportorientierten deutschen Industrie kräftige Extraprofite und den Staaten im Süden eine wachsende Schuldenlast. Nicht weil die Bevölkerung über die Verhältnisse gelebt hat, sondern weil die Staaten im Rahmen der EU zu Ausgaben, z.B. im Bereich der Rüstung, gezwungen wurden. Zum Begleichen der Schulden wurden und werden in allen Ländern drastische Sozialkürzungen, die Schleifung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Verschleuderung von kommunalem und staatlichem Eigentum sowie von Bodenschätzen durchgedrückt.

Die Hoffnungen auf Syriza in Griechenland wurden mit dem Zurückweichen vor dem Diktat der EU und den „Finanzinstitutionen“ zunichte gemacht. Massiver Sozialabbau wird zur „Rettung“ der Profite von Banken und Konzernen oktroyiert. Die Doktrin des Neoliberalismus wird mit Brachialgewalt durchgesetzt, der schrankenlosen Kapitalverwertung wird der Weg bereitet. Als Folge dieser Politik steigt der obszöne Reichtum einer verschwindenden Minderheit und auf der anderen Seite Armut, Elend und Perspektivlosigkeit einer immer größer werdenden Zahl von Menschen.

Die Erkenntnis der Ungerechtigkeit des herrschenden Wirtschaftssystems wächst, es mangelt jedoch an der Einsicht, dass eine Veränderung konsequente Eingriffe in das Sondereigentum an den Produktionsmitteln erfordert. Die mangelnde Solidarität hierzulande mit den Bedrohten und Kämpfenden in anderen Ländern entspricht dem weitgehenden Verzicht auf aktive Interessenvertretung in eigenen Belangen. Gegen diese Situation soll die Diskussion „Wie wollen wir leben“ zur Schaffung einer neuen Opposition beitragen.